konkreten gesellschaftlichen Erfordernissen und Bedingungen im Produktionsprozeß. Eine hervorragende Rolle kommt dabei der → *sozialistischen Gemeinschaftsarbeit* zu, weil mit ihr am wirkungsvollsten der Kampf um die allseitige Erfüllung der Planaufgaben mit der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten verbunden wird. Auf der Grundlage aufgeschlüsselter Plankennziffern übernehmen die am s. W. teilnehmenden Werktätigen ihre Wettbewerbsverpflichtungen und sind bestrebt, diese durch sozialistisches Arbeiten, Lernen und Leben zu erfüllen. Der s. W. verlangt die richtige Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit sowie der moralischen Triebkräfte zur Entwicklung der schöpferischen Initiative der Werktätigen. Er verbindet die persönlichen Interessen der Werktätigen immer wirkungsvoller und spürbarer mit den gesellschaftlichen Erfordernissen. Der s. W. wird von den Gewerkschaften organisiert. Sie gewinnen durch ihre politisch-ideologische Arbeit die Werktätigen für die bewußte Teilnahme am s. W. und arbeiten dazu kameradschaftlich mit den staatlichen Leitern der Wirtschaft zusammen, denen es obliegt, für seine Durchführung die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

sozialistisches Eigentum → *gesellschaftliches Eigentum*

sozialistisches Gerichtswesen: Aufbau und Arbeitsweise der Organe der sozialistischen Rechtspflege als Teil der einheitlichen sozialistischen Staatsmacht. Die staatlichen und gesellschaftlichen Organe der Rechtspflege - Gerichte, Staatsanwaltschaften, Staatliche Notariate, Schieds- und Konfliktkommissionen - sind Organe des

Volkes, vertreten durch Richter, Staatsanwälte, Notare, Schöffen und Kommissionsmitglieder, die dem werktätigen Volk entstammen. Die Entfernung der Nazi-juristen aus dem Staatsapparat und die Bestrafung derer, die mitverantwortlich sind für die Verbrechen der faschistischen Justiz, der sofortige Einsatz von bewährten Antifaschisten als Richter und Staatsanwälte sowie die Wiederzulassung von Schöffen als gleichberechtigte Richter waren die entscheidenden revolutionären Schritte zur Begründung und Sicherung der demokratischen Justizreform. Heute prägen die Richter und Staatsanwälte aus dem Volk sowie die Schöffen das Gesicht der Justiz der DDR. Etwa 75 % der Richter und über 80 % der Staatsanwälte kommen aus der Arbeiterklasse. Die Richter werden seit 1960 von den Volksvertretungen gewählt. Die Schöffen der Kreisgerichte werden in den Betrieben und Wohngebieten, die Schöffen der Bezirksgerichte durch die Bezirkstage gewählt. Die Wahlperiode beträgt vier Jahre. Mit den Schieds- und Konfliktkommissionen besteht ein geschlossenes System der gesellschaftlichen Organe der Rechtspflege. 190 000 Werktätige wirken als Mitglieder von Konfliktkommissionen, 55 000 Bürger in Schiedskommissionen. Außerdem sind 49 600 Bürger als gewählte Schöffen an der Ausübung der Rechtspflege beteiligt. Jede dritte Strafsache wird in der DDR nicht dem Gericht, sondern einer Konflikt- oder Schiedskommission übertragen. Die Rechtsprechung wird an 242 Kreisgerichten und 15 Bezirksgerichten ausgeübt. Die Leitung der Rechtsprechung in der DDR erfolgt durch das Oberste Gericht der DDR, das dem Staatsrat der DDR verantwortlich ist. Für Militärpersonen